

So viele Coronatests wie noch nie

Ansturm in der Marktplatzgarage: Insgesamt wurden vergangene Woche knapp 1400 Proben entnommen – ein neuer Rekordwert.

Valeska Blank

Letzte Woche haben sich die Autos in der Testanlage in der Marktplatzgarage Vaduz gestaut: Wie die neuesten Zahlen des Amtes für Gesundheit zeigen, wurden in der Woche bis zum Ostersonntag, 4. April (Kalenderwoche 13), insgesamt 1702 Coronatests in Liechtenstein durchgeführt (siehe Grafik). Davon entfallen knapp 1400 auf die Probeentnahmen in der Marktplatzgarage.

Zahl nicht einmal während zweiter Welle so hoch

Das ist ein Rekordwert seit Beginn der Pandemie. Nicht einmal im Oktober und November, als die zweite Welle das Land mit voller Wucht traf, wurden mehr Tests verzeichnet. «In der letzten Woche wurden mehr als doppelt so viele Abstriche in der Drive-through-Anlage in Vaduz entnommen und anschliessend mittels PCR-Test im Labor auf Covid-19 untersucht wie in den Wochen davor», bestätigt Gesundheitsminister Manuel Frick.

An den Anschlag ist die Teststation trotzdem nicht gekommen: Der Ansturm habe mit dem bestehenden Personal bewältigt werden können – «es kam jedoch teilweise zu Wartezeiten», so Frick.

Gratistests und Osterfest sind Gründe für Zunahme

Der Grund liegt nahe: Es haben sich offensichtlich viele Einwohner wegen der Familienzu-

sammenkünfte an Ostern vorsorglich testen lassen. Der Gesundheitsminister bestätigt: «Die grössere Nachfrage nach Tests vor Ostern hängt wohl insbesondere mit der Reisetätigkeit und Besuchen über die Feiertage zusammen.»

Die hohe Anzahl in der vergangenen Woche rührt aber auch daher, dass die Kosten für die Coronatests in Liechtenstein seit Montag, 29. März, vom Land übernommen werden. Der bisherige Selbstbehalt fällt damit weg. «Auch sind gegenwärtig die Fallzahlen etwas höher, was ebenfalls zu mehr Tests führt», erklärt Frick.

Trotz starkem Anstieg keine höheren Fallzahlen

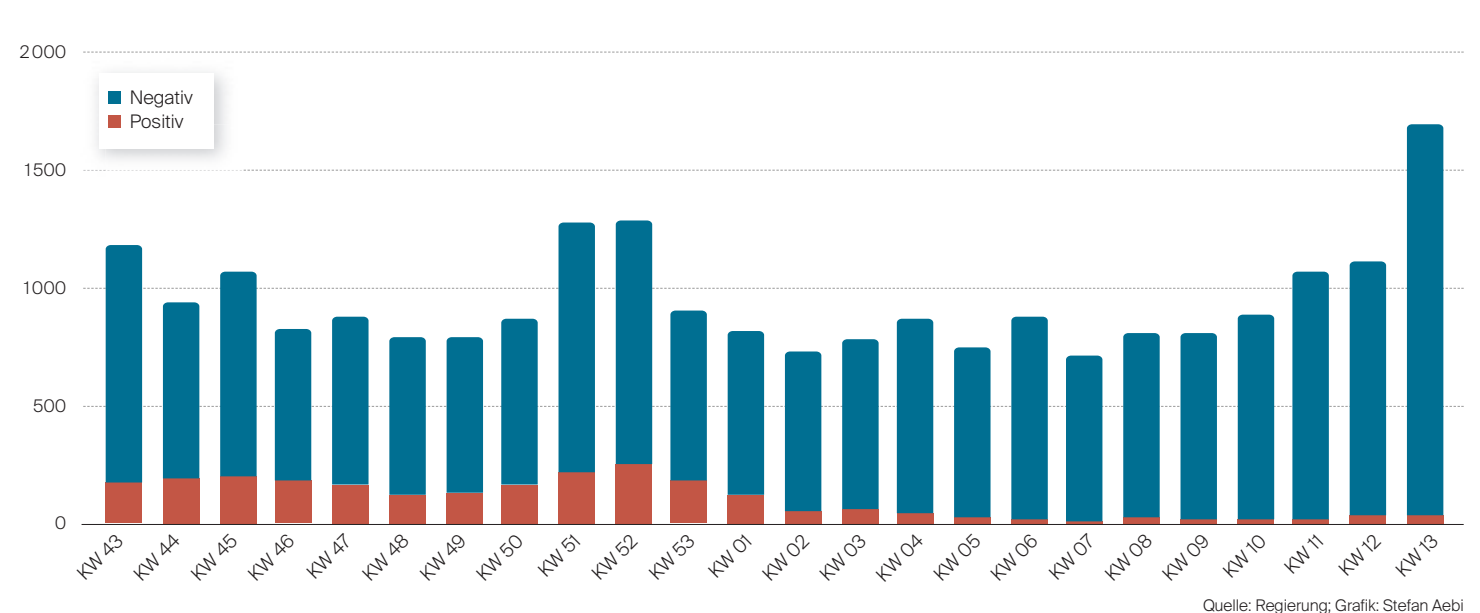
Trotz des Rekordwerts war die Positivitätsrate in der vergangenen Woche tief – sie lag bei knapp 2 Prozent. Die Positivitätsrate zeigt den prozentualen Anteil der positiven Ergebnisse am Total der Tests.

Von total 1702 Tests in der vergangenen Woche waren 33 positiv. Die Zahl der positiven Ergebnisse ist im Vergleich zur Vorwoche um einen Fall und damit nur minim angestiegen.

Selbsttests könnten Ansturm bald mindern

Der Ansturm auf die Testanlage in der Marktplatzgarage sollte aber bald wieder abflachen. Bald können Apotheken und Arztpraxen in Liechtenstein Corona-Schnelltests anbieten. Die entsprechende Verordnung wird derzeit erarbeitet.

Coronatests total in Liechtenstein pro Kalenderwoche



Kommentar

Testpandemie?

«Die Coronapandemie ist eine reine Testpandemie»: Das ist eines der häufigsten Totschlagargumente, das von Coronaskeptikern hervorgezogen wird. Was sie damit sagen wollen: Steigende Fallzahlen sind nur durch vermehrte Tests zu erklären – die Pandemie wird quasi «herbeigetestet», damit die Regierungen ihre Massnahmen rechtfertigen können.

Konkret: Die Skeptiker wittern einen Zusammenhang zwi-

schen der Anzahl der Tests und den Fallzahlen, und nicht wenige rufen: Verschwörung!

Dumm nur, dass die aktuellsten Zahlen aus Liechtenstein diese Theorie widerlegen. Letzte Woche wurden so viele Coronatests wie noch nie gemacht – die Zahl hat sich im Vergleich zu den Vorwochen mehr als verdoppelt. Gleichzeitig ist die Zahl der positiven Ergebnisse nur unwesentlich angestiegen. Was bitte wird hier nochmal herbeigetestet?

Es liegt in der Natur der Sache, dass mehr Tests zu höheren Fallzahlen führen können. Jeder, der die grundlegendsten Grundlagen der Mathematik begreift, versteht das.

Der Umkehrschluss funktioniert aber nicht: Steigende Fallzahlen sind nicht nur mit einem höheren Testaufkommen zu erklären – sondern damit, dass mehr Menschen infiziert sind. Wer kann etwas dagegen haben, dass so viele Fälle wie möglich durch Tests

entdeckt und damit Infektionsketten unterbrochen werden? Vermutlich nur das Testpandemie-Verschwörungslager. Aber für sie ist Corona ohnehin nicht gefährlich.



Valeska Blank

Anklage gegen Aurelia Frick könnte noch erweitert werden

Der Prozess gegen Ex-Ministerin Aurelia Frick und ihren damaligen Generalsekretär René Schierscher wird am 23. April fortgesetzt.

Auch der dritte Verhandlungstag am 23. April findet im Vaduzer Saal statt. Ex-Ministerin Aurelia Frick und ihr damaliger Generalsekretär René Schierscher müssen sich wegen dem Missbrauch der Amtsgewalt vor dem Kriminalgericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen vor, dass sie zwischen September 2018 und 2.7.2019 Dienstleistungen für die Kommunikationsberaterin Maria Pinaridi bezahlt haben, ohne dafür einen erforderlichen Regierungsbeschluss eingeholt zu haben. Dieser wäre ab einer Summe von 100 000 Franken nötig.

Abrechnungskonstrukt wird nicht bestritten

Um diesen Beschluss zu umgehen und das Vorgehen auch vor dem Landtag zu vertuschen, haben Frick und Schierscher mit den Beraterinnen Maria Pinaridi und Claudia Predicatori ein Abrechnungsmodell entwickelt: So wurden ab Herbst 2018 die Arbeiten von Pinaridi über die Firma von Claudia Predicatori abgerechnet. Detaillierten zu diesen Abrechnungen seien auf Wunsch von Aurelia Frick vernichtet worden, erklär-

te Maria Pinaridi vor Gericht. «Das, damit nicht ersichtlich wird, warum Aurelia Frick nach September 2018 weiterhin mit mir zusammengearbeitet hat», so die Zeugin Maria Pinaridi. Aufgrund dieser Konstruktion ist wohl auch gegenüber der Geschäftsprüfungskommission des Landtags mit unvollständigen bzw. geschwärtzten Abrechnungen operiert worden. Das Abrechnungskonstrukt wurde bisher von keiner Seite vor Gericht bestritten.

Sowohl Aurelia Frick wie auch René Schierscher beteuern jedoch, dass sie damit niemand täuschen wollten. Im Herbst 2018 habe Predicatori einfach die Aufträge von Maria Pinaridi übernommen. «Für mich war dies wie ein Subunternehmer», so Aurelia Frick. Beide Angeklagten gehen davon aus, dass dies völlig legal war. Die Verteidigungsstrategie war bisher ausschliesslich darauf ausgelegt, dass sich der Schwellenwert von 100 000 Franken im Finanzhaushaltsgesetz nicht auf ein Jahr, sondern auf einen konkreten Auftrag bezieht. Pinaridi hätte nicht nur einen Auftrag erhalten, sondern für verschiedene einzelne Projekte



Es ist unsicher, dass es in der Causa Frick/Schierscher bereits am 23. April ein Urteil geben wird. Bild: Daniel Schwendener (17. 6. 2019)

des Ministeriums gearbeitet und deshalb sei kein Regierungsbeschluss notwendig gewesen, so die Verteidigung.

Diesem Punkt widersprechen jedoch zwei ehemalige Mitarbeiterinnen, welche im Zeugenstand aussagten. «Für mich war es eine ständige Zusammenarbeit. Ich habe Pinaridi fast jede Woche getroffen», so eine der Aussagen. Es sei eine Weisung von Aurelia Frick gewesen, dass alle Texte, Reden, Grussworte usw. von Maria Pinaridi absegnet werden müssten. Eine konkrete Projektorien-

tierung habe es nicht gegeben. Schon Mauro Pedrazzini, welcher das Verfahren ins Rollen brachte, sprach als Zeuge von einer versteckten Anstellung von Maria Pinaridi.

Urteil am 23. April möglich, aber unsicher

Für den dritten Verhandlungstag am 23. April wurden vom Kriminalgericht drei Stunden angesetzt. Deshalb ist davon auszugehen, dass ausser den beiden Angeklagten keine weiteren Zeugen einvernommen werden. Bevor sich das Gericht

aber zur Urteilsfindung zurückzieht, können die Staatsanwaltschaft und die Verteidigung weitere Beweisanträge einbringen. Sollten solche angenommen werden, dann wird es wohl auch am 23. April noch kein erstes Urteil geben. Für den Missbrauch der Amtsgewalt droht Frick und Schierscher gemäss Strafgesetzbuch eine «Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren».

Partei Gründung mit Staatsgeldern wäre Untreue

Nach dem letzten Verhandlungstag am 31. März besteht auch die Möglichkeit, dass die Anklage gegen Aurelia Frick und René Schierscher noch erweitert wird. Konkret geht es darum, dass Aurelia Frick mit dem «Frauenteam» – so wurde die Gruppierung in den Detailaufstellungen von Maria Pinaridi bezeichnet – eine neue Partei gründen und nicht nur die Vertretung von Frauen in der Politik fördern wollte. Dies bestätigte jedenfalls eine ehemalige Mitarbeiterin, welche bei diesen Sitzungen dabei war, vor Gericht.

Aurelia Frick sollte von der neuen Partei als Regierungschefkandidatin präsentiert wer-

den und so als Regierungschefin in der Regierung bleiben. Über dieses Vorhaben habe auch ihr Generalsekretär René Schierscher Bescheid gewusst. Dieses «Frauenteam» wurde von der Beraterin Maria Pinaridi für 200 Franken in der Stunde moderiert. Bezahlt wurden auch diese Leistungen aus der Staatskasse. Damit wäre auch der Straftatbestand der Untreue gemäss Strafgesetzbuch §153 erfüllt, da damit «wissentlich fremdes Vermögen missbraucht» worden ist. Das Gericht könnte, wenn die Staatsanwaltschaft dies beantragt, gemäss Strafprozessordnung die Verhandlung auch auf diese Tat ausdehnen oder die Schlussverhandlung erneut vertagen. Oder das Gericht könnte entscheiden, sich auf den Gegenstand der Anklage zu beschränken und «die selbstständige Verfolgung wegen der hinzugekommenen Tat vorzubehalten». Damit würde ein neues Verfahren für den Tatbestand der Untreue eröffnet. Aus diesem Grund ist nicht damit zu rechnen, dass die Akte Frick/Schierscher so schnell geschlossen werden kann.

Patrik Schädler